

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Haushaltsdebatte ist die Generaldebatte, in der die Opposition die Politik der Mehrheit grundsätzlich unter die Lupe nimmt. Die Zustimmung oder Ablehnung erfolgt folglich nicht nur hinsichtlich des reinen Zahlenwerks. Sie drückt die Bewertung des politischen Geschehens im ablaufenden Jahr aus. Das ist gute Tradition auf allen politischen Ebenen.

Und weil in einem kommunalen Haushalt immer auch sehr viele unstrittige Posten sind, heuer sogar welche, an denen Kollege Robl von der ÖDP-Fraktion mitgewirkt hat (Skaterpark, Flutlichtanlage auf LED umstellen), sollte eine Ablehnung nicht ohne eine gute Begründung erfolgen. Solche Gründe gibt es jedoch auch im ablaufenden Jahr zuhauf.

- Die nahezu grundsätzliche Ablehnung fast aller Initiativen der Oppositionsfraktionen
- Das Liegenlassen aller Oppositionsinitiativen in den ganz seltenen Fällen, in denen ein Oppositionsantrag teilweise Erfolg hatte: Erweiterung des Gehsteigs Schmiedgasse (der vor allem für Eltern mit Kinderwägen unzumutbar ist), Fußgängerquerung Mariahilfstr. ...)
- Die seit zweieinhalb Jahren unbehandelten Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung (Minderheitenschutz)
- Das Festhalten an reduzierten Öffnungszeiten für die Eintragsphase von Volksbegehren. Und das auch noch mit dem merkwürdigen Argument: „So viele gehen ja eh gar nicht hin. Das wäre ja so als wenn man auf die reduzierte Beteiligung bei den Landtags- und Stadtratswahlen mit einer Einschränkung der Öffnungszeiten am Wahltag reagieren würde.“

Herr Oberbürgermeister, Sie haben offenbar ein extrem distanzierendes Verhältnis zu direkter Demokratie. Aber wie passt das eigentlich zusammen mit dem Titel Ihres Grußwortes im Programmheft der „Wochen zur Demokratie“, in dem sie vollmundig erklären „Die Kommunen sind die Herzkammer der Demokratie. Eine lebendige Streitkultur, ja die gab es im Passauer Stadtrat mal. Jetzt ist davon nicht

mehr viel übrig. Sie sagen zwar, die Kommunen sind die Herzkammer der Demokratie, aber Ihr Herz schlägt für die reine Machtpolitik.

Eine Idee, die nicht vom Oberbürgermeister selbst ist, hat selten eine Realisierungschance. Und wer als Bürgerin oder Bürger einmal in Ungnade gefallen ist, landet in einer Schublade, aus der es kein Entrinnen gibt.

Die ÖDP-Fraktion lehnt den Vermögenshaushalt ab, stimmt dem Verwaltungshaushalt aber als Zeichen unserer Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu, auch wenn die Stadtspitze eine solche Bereitschaft vermissen lässt.

Auch viele inhaltliche Themen sprechen für die Ablehnung des Haushalts:

- Das träge Umsetzungstempo beim Klimaschutzkonzept, trotz Verschärfung der Situation infolge des Ukraine-Krieges
- die lapidare Feststellung des Oberbürgermeisters, er habe die Ziele seiner Verkehrspolitik schon erreicht, aber er habe halt ganz andere Ziele.
- Völlig unverständlich ist auch, dass der OB hinsichtlich des Umsteigezentrums Salzweg nichts macht, weil um keine Audienz gefragt wurde.

Hat der Stadtratskollege also doch recht, der an die Adresse von OB Dupper einmal formulierte: „Bei unserer Stadtspitze erkennt man keine gestalterische Handschrift. Geschweige denn den Willen. Sie haben gepennt“.

Das war das Urteil des heutigen Bürgermeisters Armin Dickl bei seiner Haushaltsrede noch vor vier Jahren.

Unverständlich ist für uns:

- das Festhalten der Stadtratsmehrheit an der Hochwassermauer Gottfried-Schäffer-Promenade
- die anhaltende Weigerung, den Stadtratsbeschluss zur Rettung denkmalgeschützter Gräber umzusetzen

- die Weigerung der Stadtratsmehrheit, zusammen mit den Eigentümern der Kräutlsteinbrücke einen Donauüberquerung für Fußgänger und Radfahrer zu realisieren
- Die Weigerung, einen alternativen Standort für den Innstadt-Reyclinghof ernsthaft zu prüfen (Vorschlag von Paul)
- Die nachweislich völlig sinnfreie Beschäftigung der Verwaltung beim langwierigen Prozess, die Stadtbildsatzung zu ändern, obwohl die Verwaltung dies selbst nicht befürwortet hatte. Im Wesentlichen nur mit dem Ergebnis, dass jetzt Plastikstühle in der Innenstadt-Außengastronomie möglich sind.
- Die Weigerung der Stadtratsmehrheit, dem Vorschlag von Stadtrat Oliver Robl zur Umbenennung der Matheis-Str. in Max-Matheis sen.-Straße zu folgen

Und nicht zuletzt, der wichtigste Punkt, der für die Ablehnung dieses Haushalts spricht:

- Das Festhalten der Stadtratsmehrheit an der Rodung des Jägerholz

50 Jahre ist es her, dass der Club of Rome die Forschungen von Prof. Dr. Dennis Meadows über die Grenzen des Wachstums veröffentlichte: Auf einem begrenzten Planeten kann es kein unbegrenztes Wirtschaftswachstum geben, war sein Credo. In seinen computergestützten Berechnungen sagte er schon im Jahr 1972 die Klimakrise und die Krise der Biosphäre voraus.

Das hat die Regierungen nicht gekümmert. Und obwohl die Folgen dieses Handelns längst sichtbar sind, sieht die Stadtratsmehrheit bis heute nicht ein, warum wenigstens jetzt keine Wälder mehr für Gewerbegebiete gerodet werden dürfen.

Alte Fenster austauschen und Heizungen erneuern, das ist natürlich richtig und wichtig, aber wenn dann gleichzeitig Wälder für Gewerbegebiete gerodet werden, dann passt das einfach nicht zusammen. Das ist keine Klimaschutzpolitik, sondern ein Widerspruch in sich. Wir von der ÖDP-Fraktion bekennen uns dazu: Wir alle müssen maßhalten. Wir müssen die Ansprüche an unseren Planeten begrenzen. Ein Mitwirken der Kommunalpolitik ist dabei unverzichtbar.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.